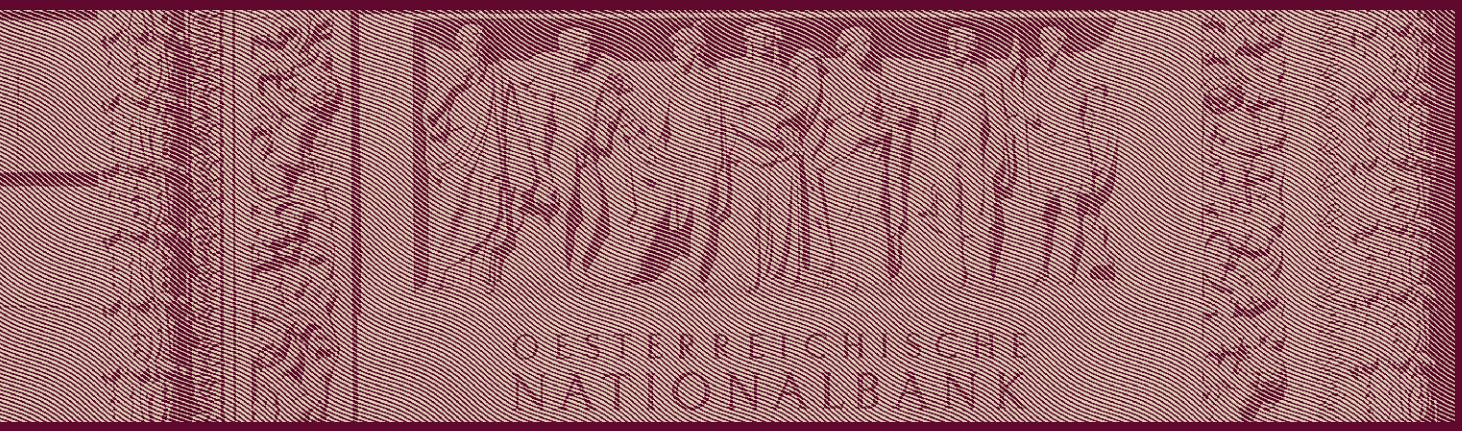
OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

INFLATION AKTUELL

Die Inflationsanalyse der OeNB



Stabilität und Sicherheit.

Q3/18

Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

Medieninhaberin und Herausgeberin

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-04-6698

Schriftleitung — *Doris Ritzberger-Grünwald*

Koordination — *Fabio Rumler*

Redaktion — *Anita Roitner*

© Oesterreichische Nationalbank, 2018.

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Zusammenfassung

- Die **österreichische HVPI-Inflationsrate liegt seit Juni 2018 konstant bei 2,3 %.** Zu Jahresbeginn 2018 betrug die HVPI-Inflationsrate noch 1,9 %, erhöhte sich in der Folge bis Juni sukzessive auf 2,3 %, wo sie bis August 2018 verharrte. Ein Rückgang der Inflationsrate bei Nahrungsmitteln, der vor allem im August deutlich ausgeprägt war, wurde dabei von einem gleichzeitigen Anstieg der Inflationsrate bei Dienstleistungen kompensiert, sodass die Gesamtinflationsrate nahezu unverändert blieb. Auch die **Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel)** bewegte sich im bisherigen Jahresverlauf nur wenig und **schwankte in den letzten Monaten etwas unterhalb der 2 %-Marke** (August 2018: 1,8 %).
- Die **OeNB prognostiziert für die Jahre 2018 und 2019 eine HVPI-Inflationsrate von 2,2 %. Für 2020 wird ein leichter Rückgang auf 2,0 % erwartet.** Für die vorerst über 2 % liegende Teuerungsrate sind die positive konjunkturelle Entwicklung sowie das kräftige Wachstum der Lohnstückkosten ausschlaggebend. Erst 2020 werden die rückläufigen Rohölpreisannahmen und der dann erwartete Wachstumsrückgang die HVPI-Inflationsrate etwas abschwächen. Eine sinkende Teuerungsrate bei Energieprodukten wird über den Prognosehorizont von einer ansteigenden Teuerung bei Dienstleistungen weitgehend kompensiert. Dadurch wird die **Kerninflationsrate** (ohne Energie und Nahrungsmittel) **von 2,0 % im Jahr 2018 auf 2,3 % und 2,2 % in den Jahren 2019 und 2020 steigen.**
- Im **Schwerpunktthema** dieser Ausgabe von *Inflation aktuell* werden die **Auswirkungen der Digitalisierung, vor allem die steigende Bedeutung des Onlinehandels, auf die Inflationsmessung** diskutiert. Durch den Anstieg des Onlinehandels sind die Preise auch in traditionellen Geschäften unter Druck geraten. Dieser Effekt dürfte jedoch nur vorübergehend sein, bis sich der Anteil des Onlinehandels stabilisiert hat. Um dem infolge der Digitalisierung veränderten Einkaufsverhalten der Konsumenten Rechnung zu tragen, sollten die Methoden der Inflationsmessung an die neuen Gegebenheiten angepasst werden, indem beispielweise die offizielle Preiserhebung auf den Onlinehandel (mittels „Web Scraping") ausgedehnt wird oder direkt von Einzelhändlern bereitgestellte Daten zu Preisen und Verkaufsmengen (sogenannte Scannerdaten) miteinbezogen werden.
- In den Jahren rückläufiger Inflation von **2011 bis 2014 waren heimische und außenwirtschaftliche Einflussgrößen in etwa gleichbedeutend für den fallenden Trend der Inflationsentwicklung**, während in der Phase wieder steigender Inflationsraten **seit 2015 binnenwirtschaftliche Faktoren** einen deutlich stärkeren **Aufwärtsdruck auf die Verbraucherpreise** ausübten.
- Aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Rohöl und verschiedener geopolitischer Risiken wurde **seit Mitte 2017 ein deutlicher Preisanstieg bei energetischen Rohstoffen** verzeichnet, der allerdings in den letzten drei Monaten wieder nachließ. Infolge des Energiepreisanstiegs **erhöhten sich** nicht nur die Teuerung der Energiekomponente im HVPI, sondern etwas zeitverzögert auch **die Inflationsraten der vorgelagerten Produktionsstufen (Erzeuger- und Großhandelspreisindex)**.
- Nach einer Aufwertung im letzten Jahr **schwächte sich der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar seit Februar 2018** unter anderem infolge der Krise bei der Regierungsbildung in Italien wieder **ab**. Der nominell-effektive Wechselkurs Österreichs, der ebenfalls im letzten Jahr deutlich aufgewertet hatte, stieg hingegen in den letzten Monaten weiter an. Der Hauptgrund dafür dürfte die starke Abwertung der türkischen Lira sein, die trotz des beschränkten Handelsvolumens mit der Türkei die gleichzeitige Aufwertung des US-Dollars mehr als kompensierte.
- Im Zuge der Konjunkturerholung stiegen die Arbeitskosten deutlich an. Nachdem das **Wachstum der Arbeitnehmerentgelte bereits seit Anfang 2017 zugelegt** hatte, **nahm auch das Wachstum der nominellen Lohnstückkosten seit Jahresanfang 2018 deutlich zu**. Dies ist zum einen auf den Anstieg der Arbeitnehmerentgelte und zum anderen auf einen leichten Rückgang der Arbeitsproduktivität in den ersten beiden Quartalen 2018 zurückzuführen. Die **Gewinnsituation der nichtfinanziellen Unternehmen verbesserte sich** infolge der konjunkturellen Erholung **seit Anfang 2017 stetig**.
- Die **Indikatoren der Produktionsauslastung zeigen in den letzten Monaten ein uneinheitliches Bild**. Während die **gesamtwirtschaftliche Produktionslücke** gemäß OeNB-Schätzung **seit dem ersten Quartal 2018 wieder positiv ist** und im Gesamtjahr 2018 bei rund 0,8 % des Potenzial-Outputs liegen dürfte, ist die **Kapazitätsauslastung in der Konsumgüterproduktion** laut WIFO-Konjunkturtest im dritten Quartal 2018 erstmals seit längerem wieder leicht gesunken. Trotz dieses leichten Rückgangs **liegt sie aber weiterhin deutlich über ihrem langjährigen Durchschnitt**.
- Die von Consensus Economics erhobenen **Inflationserwartungen der Prognoseinstitute** liegen **für 2018 unverändert bei 2,0 %** und sind **für 2019** zuletzt geringfügig **auf 1,9 % zurückgegangen**.

Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB[1]

Zusammenfassung 3

1 Aktuelle Entwicklung: Inflation in Österreich seit Juni bei 2,3 % 5

2 Inflationsprognose: Inflationsrate sinkt bis 2020 leicht auf 2,0 % 6

Die Kerninflation steigt im Prognosezeitraum an, während sich die Teuerung bei Energie und Nahrungsmitteln abschwächt 7

Kasten: Auswirkungen der Digitalisierung auf die Inflationsmessung 10

3 Erklärungsfaktoren für die bisherige Preisentwicklung 14

3.1 Vergangener Rohölpreisanstieg heizt Inflation an 14

3.2 Importpreise steigen wieder stärker 15

3.3 Zunehmender Preisdruck von Seiten der Erzeuger- und Großhandelspreise 15

3.4 Lohnkostenwachstum steigt weiter, Unternehmensgewinne erholen sich 16

3.5 Zuletzt leichter Rückgang der Kapazitätsauslastung bei langlebigen Konsumgütern 17

3.6 Inflationserwartungen der Prognoseinstitute für 2019 bei 1,9 % 18

Stand: 4. Oktober 2018

[1] Autoren: Friedrich Fritzer und Fabio Rumler (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

1 Aktuelle Entwicklung: Inflation in Österreich seit Juni bei 2,3 %

Die **österreichische HVPI-Inflationsrate lag in den letzten drei Monaten konstant bei 2,3 %**. Zu Jahresbeginn 2018 betrug die Inflationsrate noch 1,9 %, erhöhte sich in der Folge bis Juni sukzessive auf einen Wert von 2,3%, wo sie bis August 2018 verharrte. Ein **Rückgang der Inflation bei Nahrungsmitteln**, der vor allem im letzten Berichtsmonat August deutlich ausgeprägt war, wurde dabei von einem gleichzeitigen **Anstieg der Inflation bei Dienstleistungen** kompensiert, so dass die Gesamtinflationsrate nahezu unverändert blieb. Die Inflationsrate der Energiekomponente im HVPI liegt hingegen seit mehreren Monaten relativ konstant auf hohem Niveau. Die **Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel)** schwankte in den ersten Monaten des Jahres 2018 um 2 %, **ging** dann **bis Juli auf 1,7 % zurück und erhöhte sich im** letzten Berichtsmonat **August** wieder leicht **auf 1,8 %.**

Österreichs Inflationsrate lag damit im August weiterhin etwas über jener im Euroraum (2,0 %) und in Deutschland (1,9 %). Durch den jüngsten Inflationsrückgang in Deutschland (und folglich auch im Euroraum) erhöhte sich der **positive Inflationsabstand von Österreich zu Deutschland und zum Euroraum** wieder auf **0,4 bzw. 0,3 Prozentpunkte**. Diese Werte sind aber immer noch wesentlich geringer als im Vorjahr oder zu Beginn des laufenden Jahres, als die österreichische Inflationsrate noch durchgehend mehr als einen halben Prozentpunkt über jener im Euroraum lag.

Die **Jahresteuerung von Energieprodukten** war in den ersten drei Monaten des Jahres 2018 noch nahe 0 % gelegen, **erhöhte sich bis Juli** deutlich **auf 8,1 %** und **schwächte sich im August 2018** wieder etwas **auf 7,8 % ab**. Für diesen Anstieg waren der markante Rohölpreisanstieg seit Mitte 2017 (siehe Abschnitt 3.1) sowie im Mai 2018 zusätzlich auch ein inflationserhöhender Basiseffekt[2] ausschlaggebend. Die Inflationsraten von Strom und Gas veränderten sich in den letzten Monaten hingegen kaum und wirken weiterhin leicht inflationsdämpfend auf die Energiepreisinflation.

Bei **Nahrungsmitteln (inklusive Tabak und alkoholischer Getränke) lag die Inflationsrate im Juni und Juli konstant bei 2,4 % und verringerte sich im August 2018 auf 1,9 %**. Der Inflationsrückgang im jüngsten Monat ist in stärkerem Ausmaß auf unverarbeitete Nahrungsmittel zurückzuführen, aber auch verarbeitete Nahrungsmittel (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak) trugen in geringerem Ausmaß dazu bei. **Besonders ausgeprägt war der Inflationsrückgang** im August **bei Obst** (von 3,3 % im Juli auf 1,2 % im August), **Ölen und Fetten** (von 7,9 % auf 3,8 %)[3], **bei Milch, Käse und Eiern** (von 2,4 % auf 0,7 %) und **bei Fleisch** (von 1,9 % auf 1,0 %).

Die **Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie** lag – ähnlich wie die Gesamtinflation – **seit Juni 2018 konstant bei 1,3 %**. Innerhalb der Industriegüter ohne Energie wurde ein auffälliger **Rückgang der Teuerungsrate bei Bekleidung und Schuhen** im letzten Berichtsmonat (von 1,0 % im Juli auf –0,2 % im August) durch einen Anstieg der Teuerung bei Möbeln und Einrichtungsgegenständen sowie bei Freizeit- und Sportgeräten kompensiert. Laut Statistik Austria ist der Inflationsrückgang bei Bekleidung und Schuhen auf Preissenkungen im Rahmen des Sommerschlussverkaufs, die heuer offenbar stärker als im Vorjahr ausfielen, zurückzuführen. Insgesamt dürfte die gute konjunkturelle Lage für die über dem langjährigen

[2] Mit Basiseffekt wird der Einfluss der gewählten Vergleichsbasis auf die aktuelle Inflationsrate bezeichnet. Beispielsweise spielt bei einer Jahresinflationsrate für den Monat Mai nicht nur die Preisentwicklung im Mai dieses Jahres, sondern auch jene im Mai des Vorjahres, als ein Rückgang der Energiepreise registriert wurde, eine Rolle.

[3] Bei Ölen kam zusätzlich ein inflationsdämpfender Basiseffekt zum Tragen, nachdem sich im letzten Sommer aufgrund negativer Medienberichte über Palmöl der Preis von Substituten zu Palmöl stark erhöhte.

Durchschnitt liegende Inflationsrate bei Industriegütern ohne Energie seit etwa Mitte des Vorjahres mitverantwortlich sein.[4]

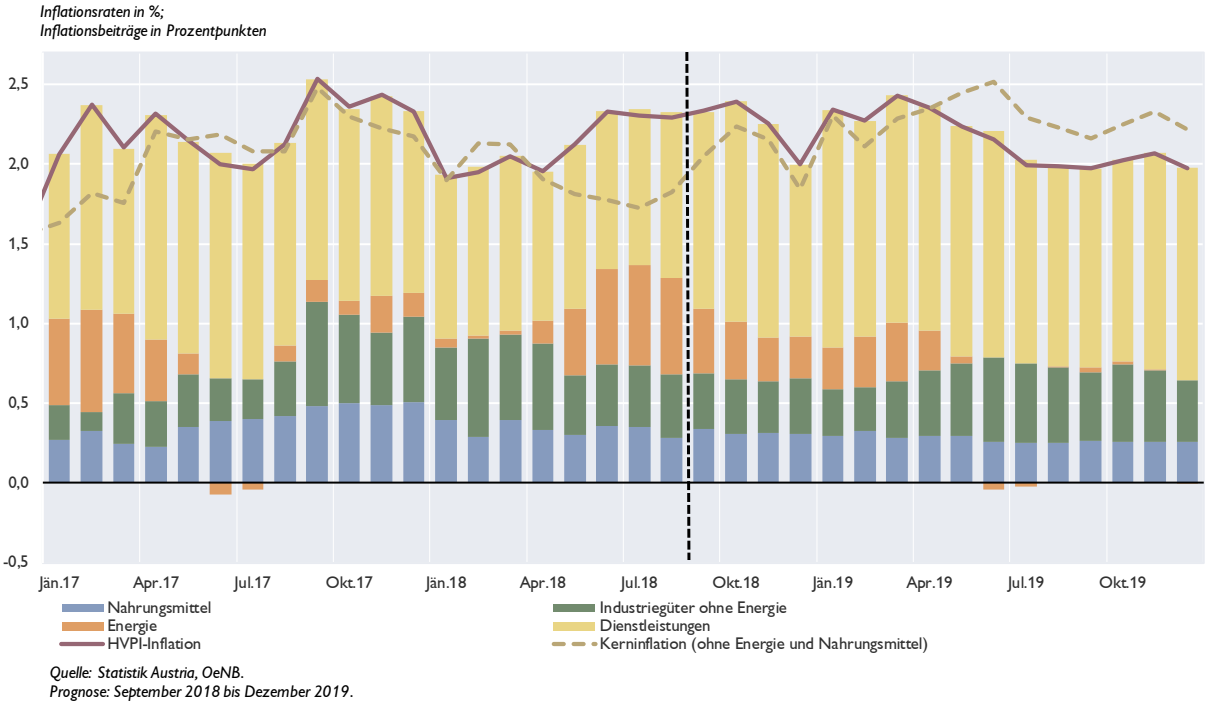
Die **Inflationsrate für Dienstleistungen veränderte sich seit Jahresbeginn 2018 nur wenig und lag meist knapp über 2 %**. Im letzten Berichtsmonat August stieg sie ausgehend von 2,1 % im Juli geringfügig auf 2,2 % an. Ausschlaggebend dafür war in erster Linie der Anstieg der Teuerung von Transportdienstleistungen, insbesondere von Bahn- und Flugtickets. Die Preiserhöhungen im VOR-Verbund per 1. Juli 2018 wirkten sich hier ebenso aus wie saisonale Preisanstiege bei Flugtickets am Höhepunkt der Sommerurlaubssaison.

2 Inflationsprognose: Inflationsrate sinkt bis 2020 leicht auf 2,0 %

Gemäß der **aktuellen Inflationsprognose der OeNB** vom September 2018 wird die **HVPI-Inflationsrate in den Jahren 2018 und 2019 stabil bei 2,2 % bleiben und 2020 auf 2,0 % leicht sinken**. Für den Rückgang der HVPI-Inflationsrate im Jahr 2020 ist vor allem die erwartete Abschwächung der Konjunkturentwicklung sowie die geringere Teuerung von Energie verantwortlich. Die positive Entwicklung der binnenwirtschaftlichen Faktoren, wie der heimischen Nachfrage und der Lohnstückkostenentwicklung, führen zu einem **Anstieg der Kerninflationsrate** (ohne Energie und Nahrungsmittel) **bis 2019 auf 2,3 %**. Im Jahr **2020** wird die Kerninflationsrate infolge der erwarteten Abschwächung der Konjunkturentwicklung wieder **auf 2,2 % zurückgehen** (siehe Grafik 1 und Tabelle 2).

Grafik 1

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation und Kerninflation



Quelle: Statistik Austria, OeNB.
Prognose: September 2018 bis Dezember 2019.

Gegenüber der Prognose vom Juni 2018 bleibt der Jahreswert für **2018 unverändert**. Für **2019 und 2020** hingegen wurde die **HVPI-Inflationsprognose um 0,2 Prozentpunkte bzw. 0,1 Prozentpunkte nach oben revidiert**. Die Aufwärtsrevisionen gehen auf im Vergleich zur Juni-Prognose höhere Annahmen in Bezug auf die Erzeugerpreise von

[4] Die Verbraucherpreise für Industriegüter ohne Energie stiegen seit 2013 um durchschnittlich 0,8 %.

Nahrungsmitteln und der Rohölpreise, die von der EZB vorgegeben werden, zurück (siehe Tabelle 1). Zudem wurde die Inflationsrate bei Dienstleistungen auf Grund des etwas stärkeren als zuletzt erwarteten Lohnstückkostenwachstums leicht nach oben revidiert.

Tabelle 1

Annahmen der OeNB-Inflationsprognose vom September 2018

		September 2018 Annahmen			Revisionen gegenüber Juni 2018		
	2017	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Energie und Wechselkurse					*Veränderungen in %*		
Rohölpreis (EUR/Barrel)	48,2	60,7	62,6	60,3	−2,3	0,9	4,0
US-Dollar-Wechselkurs	1,1	1,2	1,1	1,1	−1,7	−3,4	−3,4
Nichtenergetische Rohstoffpreise					*Veränderungen in %*		
EU-Erzeugerpreise Nahrungsmittel	107,2	106,5	109,3	109,7	−0,7	0,6	1,3
Weltmarktpreise für Nahrungsmittel	133,5	130,2	133,7	140,9	−5,6	−8,3	−5,0
Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe	122,9	125,3	118,6	123,2	−8,4	−14,2	−14,5
Zinsen					*Veränderungen in Prozentpunkten*		
Dreimonatszinssatz	−0,3	−0,3	−0,2	0,0	−0,0	−0,1	−0,2
Rendite 10-jähriger Bundesanleihen	0,6	0,7	0,8	1,0	−0,1	−0,2	−0,3

Quelle: Eurosystem.

Juni 2018 (Informationen bis zum 23. Mai 2018 wurden berücksichtigt); September 2018 (Informationen bis zum 23. Aug. 2018 wurden berücksichtigt).

Die Kerninflation steigt im Prognosezeitraum an, während sich die Teuerung bei Energie und Nahrungsmitteln abschwächt

Die positive konjunkturelle Entwicklung sowie das bis Ende dieses Jahres erwartete kräftige Wachstum der Lohnstückkosten wird die Inflationsrate in den Jahren 2018 und 2019 stabil bei 2,2 % halten. Erst 2020 wird mit der erwarteten Abschwächung der Konjunktur und der leicht rückläufigen Preisentwicklung bei Rohöl die HVPI-Inflationsrate auf 2,0 % sinken. Die Teuerung bei Industriegütern ohne Energie sollte auf Grund der positiven Entwicklung der Konsumnachfrage und der Beschleunigung des Lohnstückkostenwachstums 2018 und 2019 weiter auf einem überdurchschnittlichen Niveau bleiben. Der erwartete Anstieg der Arbeitskosten ist auch hauptsächlich dafür verantwortlich, dass die Inflationsrate von Dienstleistungen im Prognosezeitraum wieder deutlich zunehmen wird (siehe Tabelle 2).[5]

[5] Die Inflationsentwicklung der HVPI-Komponenten unverarbeitete Nahrungsmittel, verarbeitete Nahrungsmittel, Industriegüter ohne Energie sowie Dienstleistungen wird nur bis 2019 prognostiziert.

Tabelle 2

OeNB-Inflationsprognose vom September 2018

		Prognose			Revisionen gegenüber Juni 2018		
	2017	2018	2019	2020	2018	2019	2020
	Veränderung zum Vorjahr in %				*in Prozentpunkten*		
HVPI-Inflation	2,2	2,2	2,2	2,0	0,0	0,2	0,1
Unverarbeitete Nahrungsmittel	1,8	1,4	2,1	×	0,3	0,3	×
Verarbeitete Nahrungsmittel	2,8	2,6	1,7	×	0,1	0,2	×
Industriegüter ohne Energie	1,2	1,4	1,4	×	−0,2	−0,1	×
Energie	2,9	4,1	1,3	0,4	0,0	0,5	0,7
Dienstleistungen	2,7	2,3	2,9	×	0,1	0,2	×
HVPI ohne Energie	2,2	2,0	2,2	2,2	0,0	0,1	0,1
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,1	2,0	2,3	2,2	0,0	0,1	0,0
Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors	*in Prozentpunkten*						
Gesamt	0,4	0,3	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0
davon indirekte Steuern	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon administrierte Preise	0,3	0,3	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0

Quelle: OeNB, Statistik Austria.
Anmerkung: Der gesamte Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors wurde auf der Basis von gerundeten Teilbeiträgen ermittelt.

Die **Inflationsrate von Energieprodukten** wird von derzeit knapp 8 % **bis Juni 2019 auf –0,6 % zurückgehen und anschließend um null Prozent schwanken**. Die Annahme moderat fallender Rohölpreise wirkt sich insbesondere bei Treibstoffen – die rund 49 % der Energiekomponente ausmachen – inflationsdämpfend aus. Aber auch feste Brennstoffe, die teilweise von der Entwicklung des Rohölpreises abhängen, weisen im Prognosezeitraum eine rückläufige Inflation auf. Lediglich bei Gas und Elektrizität sowie bei Wärmeenergie sollte es bis Ende des Prognosehorizonts zu einer Beschleunigung der Inflationsrate kommen. Die Inflationsrate von Gas wird Anfang 2019 auf Grund eines Basiseffekts um rund 6 Prozentpunkte ansteigen, da im Jänner 2018 die Netztarife für Gas um rund 6 % gesenkt wurden und damit – ohne weitere Preisänderungen – die Jahresinflationsrate im Jänner 2019 in diesem Ausmaß ansteigen wird. Bei Elektrizität haben einige Energieanbieter für Herbst dieses Jahres Preiserhöhungen angekündigt. Zudem besteht ab Oktober 2018 aufgrund der teilweisen Beschränkung des Stromhandels zwischen Deutschland und Österreich ein Aufwärtsrisiko für die Endverbraucherpreise von Elektrizität.[6]

Die **Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie** wird im Gesamtjahr **2018 auf 1,4 % steigen** (2017: 1,2 %) **und auch 2019 auf diesem Niveau verharren**. Sie wird damit deutlich über ihrem mittelfristigen Durchschnitt seit 2013 von 0,8 % bleiben. Die gute Konjunkturlage trägt mit den relativ hohen Wachstumsraten des privaten Konsums dazu bei, dass die Teuerung von Industriegütern ohne Energie bis zum Ende des Prognosehorizonts auf einem überdurchschnittlichen Niveau verharren wird.

Bei **Nahrungsmitteln (inklusive Tabak und alkoholischer Getränke)** hat die Teuerungsrate Ende 2017 mit 3,4 % ihren Höhepunkt erreicht und ist seither deutlich zurückgegangen. Ausschlaggebend dafür waren fallende Erzeugerpreise bei Agrarrohstoffen sowie ein inflationsdämpfender Basiseffekt. Dieser Basiseffekt zeigt sich insbesondere bei

[6] Der derzeit unbeschränkte Handel auf dem deutsch-österreichischen Strommarkt wird ab diesem Zeitpunkt eingeschränkt. Österreich importiert zu Spitzenzeiten Elektrizität aus Deutschland. Die Verknappung des Angebots dürfte auch die Endverbraucherpreise für Elektrizität etwas anheben. Energieexperten gehen allerdings davon aus, dass dieser Effekt gering sein wird.

Milchprodukten sowie Ölen und Fetten, die 2017 die höchsten Inflationsraten bei Nahrungsmitteln erreichten. Hier ist mit einer weiteren Abschwächung der Teuerung in den nächsten Monaten zu rechnen. Zudem hat die im April 2017 erfolgte Tabaksteuererhöhung im April dieses Jahres die Inflationsrate der Nahrungsmittelkomponente um 0,6 Prozentpunkte gedämpft, da sie ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Jahresinflationsrate wirksam war. Im gesamten Jahr **2018** erwarten wir für Nahrungsmittel (inklusive Tabak und alkoholischer Getränke) eine **Teuerungsrate von 2,2 %**, **gefolgt von einem Rückgang auf 1,9 % im Jahr 2019**. Erst 2020 wird es wieder zu einer leichten Aufwärtsentwicklung der HVPI-Inflationsrate für Nahrungsmittel auf 2,1 % kommen.

Die **Inflationsrate von Dienstleistungen** wird laut neuester OeNB-Prognose für das gesamte Jahr **2018 2,3 %** betragen und damit deutlich unter dem Vorjahreswert liegen (2017: 2,7 %). Wesentlich dafür sind Pauschalreisen und Flugtickets, die in den letzten Monaten deutlich negative Teuerungsraten aufwiesen. Ab 2019 gehen wir aber von einem Anstieg der Inflationsraten dieser Dienstleistungskomponenten aus. Zusätzlich wird auch die erwartete Beschleunigung des Lohnstückkostenwachstums die Dienstleistungsinflation über den Prognosehorizont ansteigen lassen, sodass **2019** mit einer Jahresinflationsrate von **2,9 %** gerechnet wird.

Der **Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors** (gemessen an der Entwicklung von administrierten Preisen und indirekten Steuern) wird sich in den Jahren **2018 bis 2020** auf jeweils **0,3 Prozentpunkte** belaufen. Die im März 2018 beschlossene Senkung der Umsatzsteuer auf Beherbergungs- und Campingdienstleistungen von 13 % auf 10 % ab November 2018 würde bei voller Überwälzung in jedem Monat die HVPI-Inflationsrate um 0,06 Prozentpunkte dämpfen (bzw. die Dienstleistungsinflation um 0,14 Prozentpunkte). In der Prognose gehen wir allerdings von einer Weitergabe der Umsatzsteuersenkung an die Endverbraucher im Ausmaß von lediglich 50 % aus. Der dämpfende Effekt auf die Gesamtinflationsrate sollte sich daher auf 0,03 Prozentpunkte in jedem Monat von November 2018 bis Oktober 2019 belaufen.[7]

[7] Nach Fertigstellung der Prognose wurde eine Erhöhung der Preise für ÖBB-Tickets um rund 2 % mit Dezember 2018 angekündigt (die genaue Tarifanpassung wird erst bekanntgegeben). Der Einfluss einer zweiprozentigen Preiserhöhung von Bahntickets auf die HVPI-Inflationsrate ist mit rund einem Basispunkt vernachlässigbar gering.

Kasten: Auswirkungen der Digitalisierung auf die Inflationsmessung[8]

In der Literatur zur Inflationsmessung aus den 1990er Jahren, insbesondere im Bericht der Boskin-Kommission[9], wurden vier Hauptursachen für Verzerrungen in der Inflationsmessung identifiziert:

- Verzerrungen durch Produktsubstitution bei einem Warenkorb mit festen Gewichten (product substitution bias),
- Verzerrungen infolge fehlender bzw. mangelhafter Qualitätsanpassungen der Preise (quality change bias),
- Verzerrungen, die eintreten, wenn neue Produkte nicht hinreichend zeitnah in den Warenkorb aufgenommen werden (new product bias) und
- Verzerrungen durch unzureichende Berücksichtigung struktureller Änderungen im Einzelhandel (outlet substitution bias).

Schätzungen der Boskin-Kommission zufolge wurde die Inflation in den Vereinigten Staaten damals aufgrund derartiger Verzerrungen um rund 1,1 Prozentpunkte pro Jahr überschätzt.

Seither wurden neue statistische Methoden eingeführt, um solche Verzerrungen zu reduzieren bzw. zu beseitigen. So werden etwa Zusammensetzung und Gewichtung des Warenkorbs in Österreich seit 2010 jährlich revidiert, um Verzerrungen aufgrund neuer oder substituierter Produkte zu verringern. Darüber hinaus wird die Auswahl der untersuchten Verkaufsstellen regelmäßig an die tatsächlichen Präferenzen der Verbraucher angepasst, um z. B. die zunehmende Bedeutung von Billiganbietern und Onlinehändlern entsprechend zu berücksichtigen; außerdem wurden diverse Methoden zur Anpassung der Preise an Qualitätsänderungen, wie die hedonische Regression, eingeführt.

Die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft in den letzten 10 bis 15 Jahren stellt die Inflationsmessung jedoch vor neue Herausforderungen. Im vorliegenden Kasten soll in einem ersten Schritt untersucht werden, wie sich die vermehrte Internetnutzung, insbesondere die Möglichkeit zum Online-Erwerb von Waren und Dienstleistungen (E-Commerce), auf Inflation und Preise auswirkt bzw. auswirken könnte. Hierbei werden ausschließlich die direkten Auswirkungen der Digitalisierung auf die Preise im Rahmen des E-Commerce berücksichtigt, nicht jedoch indirekte Effekte, die sich durch die Weiterentwicklung von IT-Lösungen auf die Kostenstruktur von Unternehmen bzw. ganzen Wirtschaftszweigen ergeben. In einem zweiten Schritt sollen die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Inflationsmessung diskutiert und Empfehlungen für Verbesserungsmöglichkeiten gegeben werden.

Starke Veränderung des Einkaufsverhaltens der Verbraucher durch zunehmenden E-Commerce

In den letzten zehn Jahren hat der Anteil des elektronischen Handels mit Verbrauchern und anderen Unternehmen am Gesamtumsatz der Unternehmen in allen Ländern des Euroraums zugenommen, ist aber von Land zu Land nach wie vor sehr unterschiedlich (siehe Grafik K1, links). Unternehmen in kleinen, offenen Volkswirtschaften, wie Irland, Belgien, Luxemburg, Slowakei, Malta und Finnland (Reihenfolge nach den Anteilen in der Grafik), wiesen im Jahr 2017 den größten Anteil von Onlinegeschäften am Gesamtumsatz auf, gefolgt von Unternehmen in Deutschland, Frankreich, Spanien und Portugal. In Griechenland, Zypern, Lettland und Italien war der Anteil des elektronischen Handels am Gesamtumsatz der Unternehmen 2017 mit weniger als 10 % vergleichsweise gering. Der geringere Anteil des E-Commerce in diesen Ländern lässt sich u. a. mit deren deutlich höherem Anteil kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMUs) erklären, die in der Regel in geringerem Maße am Onlinehandel teilnehmen als größere Unternehmen. In den Ländern, die den Euro zuletzt eingeführt haben (Zypern, Slowakei, Estland, Lettland und Litauen), ist der elektronische Handel – ausgehend von geringen Werten im Jahr 2006 – aufgrund des umfangreichen Ausbaus von schnellen Breitband-Internetverbindungen sprunghaft angestiegen (in der Grafik nicht dargestellt). In Österreich stieg der Umsatz aus dem Onlinehandel von 10 % im Jahr 2007 auf 14 % im Jahr 2017 nur verhältnismäßig moderat an.

Im Hinblick auf die am Onlinehandel beteiligten Verbraucher hat sich die Zahl der Privatpersonen, die Informationen über Waren und Dienstleistungen bzw. Waren und Dienstleistungen selbst über das Internet beziehen, in den vergangenen zehn Jahren beträchtlich erhöht (siehe Grafik K1, rechts). In allen Ländern des Euroraums mit Ausnahme von Griechenland, Italien, Zypern, Portugal und Litauen nutzten im Jahr 2017 bereits mehr als 40 % der Bevölkerung das Internet, um Waren und Dienstleistungen zu kaufen

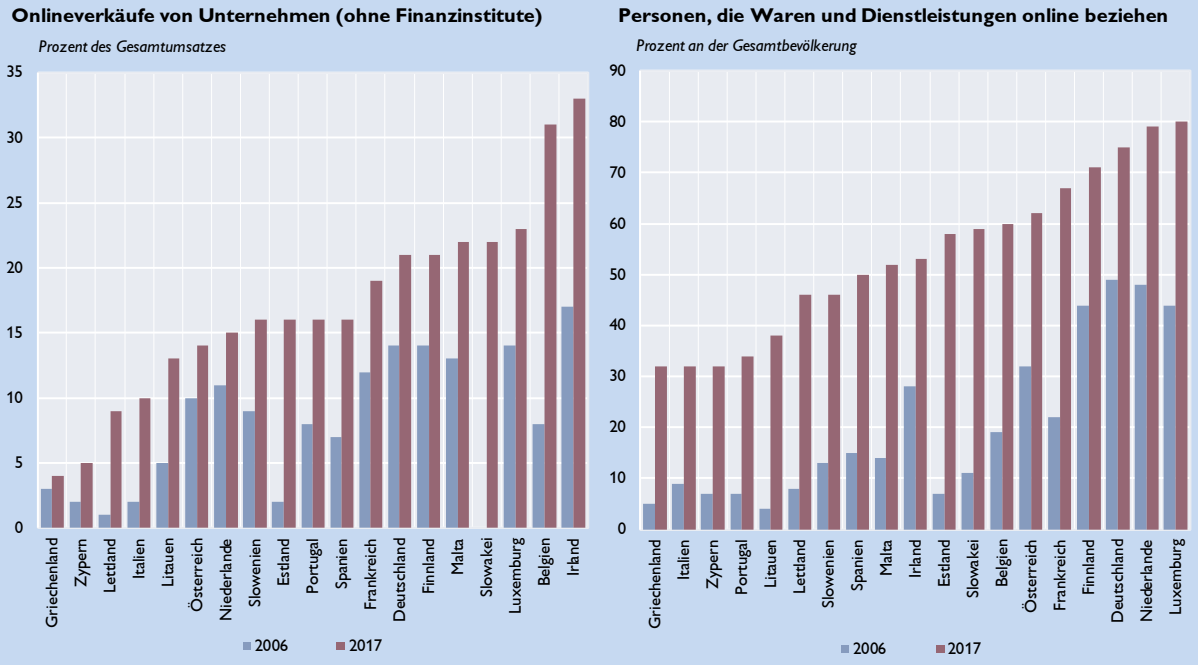
[8] Autor: Fabio Rumler (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

[9] Boskin M., E. Dulberger, R. Gordon, Z. Griliches und D. Jorgenson. 1996. Towards a More Accurate Measure of the Cost of Living. Final Report to the Senate Finance Committee from the Advisory Commission to Study the Consumer Price Index. Washington DC.

bzw. zu bestellen. Dieser Prozentsatz hatte sich in den meisten Euro-Ländern zwischen 2006 und 2017 mindestens verdoppelt. Gemessen am Prozentsatz der Bevölkerung, der Waren und Dienstleistungen online erwirbt, gehörte Österreich 2017 mit einem Anteil von 62 % zu den Top 6 im Euroraum.

Grafik K1

E-Commerce aus der Sicht von Unternehmen und Konsumenten



Quelle: Eurostat.

Es gibt zwei wesentliche Mechanismen, über die sich der Anstieg des E-Commerce auf die Preise niederschlagen könnte. Zum einen bietet der Onlinehandel im Vergleich zu traditionellen Vertriebswegen Spielraum für Kosteneinsparungen im Groß- und Einzelhandel, die sowohl traditionelle Einzelhändler als auch Onlinehändler an ihre Kunden weitergeben können. Zum anderen kann sich durch E-Commerce der Wettbewerb der Anbieter verstärken, da die Kunden Angebote im Internet relativ einfach vergleichen können, wodurch sich der traditionelle Einzelhandel wie auch Onlinehändler gezwungen sehen, die Preise niedrig zu halten. Dieser Effekt dürfte jedoch abklingen, sobald sich der Anteil des Onlinehandels und die damit einhergehenden Marktbedingungen an den Onlinemärkten stabilisiert haben.[10] Werden online gehandelte Waren und Dienstleistungen in die Inflationsmessung aufgenommen, so würde dies die Inflationsrate nur dann beeinflussen, wenn sich die Onlinepreise anders entwickeln als die Preise traditionell gehandelter Waren und Dienstleistungen.

Es gibt kaum empirische Untersuchungen bzw. eindeutige Schlussfolgerungen dazu, ob die unvollständige Berücksichtigung des Onlinehandels zu einem Messfehler im Verbraucherpreisindex führt. Ein in 21 Ländern der EU durchgeführter Vergleich der Online- und Offlinepreise von Haushaltsgeräten zeigt, dass die Onlinepreise im Durchschnitt unter den Offlinepreisen liegen, wobei zwischen den Produkten beträchtliche Unterschiede bestehen und manche Produkte online sogar höhere Preise aufweisen als offline.[11] Laut einer Studie der Europäischen Kommission wird eine weitere Zunahme des E-Commerce dazu führen, dass sich die Preissteigerung im Einzelhandel in den 27 EU-Ländern jährlich um 0,5 Prozentpunkte verringert.[12] Neuere Erkenntnisse aus einer länderübergreifenden Studie, basierend auf Daten von 56 über mehrere Vertriebskanäle tätigen Einzelhändlern, deuten jedoch darauf hin, dass die

[10] Meijers, H. 2006. Diffusion of the Internet and Low Inflation in the Information Economy. In: Information Economics and Policy, Bd. 18. 1-23.

[11] Duch-Brwon, N. und B. Martens. 2014. Consumer Benefits from the EU Digital Market: Evidence from Household Appliances Markets. JRC Technical Reports, Digital Economy Working Paper 2014/03.

[12] Lorenzani, D. und J. Varga. 2014. The Economic Impact of Digital Structural Reforms. European Commission Economic Papers, Nr. 529. September 2014.

Unterschiede zwischen Online- und Offlinepreisen vernachlässigbar sind und sich daher keine merklichen Auswirkungen auf die Inflation ergeben.[13]

Wie lässt sich die Inflationsmessung angesichts der Hausforderungen durch die Digitalisierung weiter verbessern?

Die internetbedingte Veränderung des Verbraucherverhaltens macht Änderungen der in der Inflationsmessung angewandten Methoden und Verfahren erforderlich, um die Qualität und Repräsentativität von Preisstatistiken zu erhalten und zu erhöhen. Konkret wird hier die Mitberücksichtigung des Onlinehandels in der Preiserhebung durch das Auslesen von Informationen und Daten aus dem Internet („Web Scraping"), die Einbeziehung kleinerer Gemeinden und ländlicher Gebiete in die Preiserhebung und die Auswertung von Scannerdaten, d. h. von großen Datensätzen, die von Einzelhändlern zu Verfügung gestellt werden, vorgeschlagen. Im Folgenden werden diese Neuerungen im Einzelnen diskutiert.

Die automatische Erhebung von Online-Preisen (mittels „Web Scraping") trägt der zunehmenden Bedeutung des E-Commerce Rechnung

„Web Scraping" bezeichnet den automatischen Download von (großen Mengen an) Daten aus dem Internet für Datenanalysezwecke. In Bezug auf Preisdaten bedeutet dies, dass auf den Websites von Onlinehändlern die Preise mancher Produkte des Verbraucherpreiswarenkorbs mit hoher Frequenz (täglich oder noch häufiger) ausgelesen werden. Für das automatische Auslesen von Preisdaten auf den Webseiten von Onlinehändlern ist eine spezielle Software bzw. ein spezielles Programm erforderlich.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung von E-Commerce in vielen Ländern sollten Onlinepreise in dem Ausmaß, in dem Waren und Dienstleistungen online erworben werden (dieser Anteil belief sich in Österreich 2017 auf rund 14 %), in der Inflationsmessung berücksichtigt werden. In Österreich werden bei der Inflationsmessung die Preise bestimmter Waren und Dienstleistungen (z. B. Elektrizität, Flugtickets, Zigaretten) bereits online erhoben, jedoch werden die entsprechenden Daten bisher nur punktuell auf den Websites der Anbieter abgerufen. Generell sind die Preisdaten von Onlinehändlern, die aufgrund der benötigten Datenmengen automatisiert heruntergeladen werden müssten, in der österreichischen Preisstatistik bislang aber nicht enthalten. Bisher sind die Niederlande und Deutschland die einzigen Länder im Euroraum, in denen „Web Scraping" bereits in die offizielle Inflationsstatistik Eingang findet, allerdings in sehr limitiertem Ausmaß.

Die Berücksichtigung von im Internet ausgelesenen Daten würde die Repräsentativität der Preisstatistik erhöhen, da damit den veränderten Konsumgewohnheiten von Haushalten, die Waren und Dienstleistungen zunehmend über das Internet beziehen, Rechnung getragen wird. Ferner könnten damit Preisentwicklungen in kürzeren zeitlichen Abständen berechnet und analysiert werden, als dies mit Daten, die normalerweise nur zu bestimmten Stichtagen erhoben werden, möglich ist.[14] Jedoch bestehen im Hinblick auf „Web Scraping" rechtliche Einschränkungen, da die Firewall von Onlinehändlern derartige generelle Abfragen als ein Eindringen ins System interpretieren und dann den weiteren Zugang sowie den Datendownload blockieren kann.

Scannerdaten ermöglichen die gemeinsame Analyse von Preisen und Verkaufsmengen

Scannerdaten werden im Einzelhandel an der Kassa beim Scannen des am jeweiligen Produkt angebrachten Strichcodes erhoben. Diese Daten liefern in der Regel Informationen über die Preise, Mengen, Merkmale und den Wert der verkauften Produkte. Um Scannerdaten für die Inflationsmessung verwenden zu können, müssen diese von den jeweiligen Händlern, denen die Daten gehören, freigegeben werden. Aus Vertraulichkeits- und Wettbewerbsgründen geben Einzelhandelsketten ihre Scannerdaten mitunter jedoch nur ungern frei. Im Rahmen der neuen VPI-Verordnung, die derzeit in Österreich überarbeitet wird, könnten Einzelhandelsunternehmen zur Bereitstellung ihrer Daten für statistische Zwecke (unter Wahrung der Geheimhaltung) verpflichtet werden. In einigen europäischen Ländern, insbesondere in den Niederlanden, Norwegen, Schweden und der Schweiz, werden Scannerdaten von Supermärkten und Fachhändlern bereits zur Inflationsmessung, wenngleich vorerst auf experimenteller Ebene, genutzt.

---

[13] Cavallo, A. 2017. Are Online and Offline Prices Similar? Evidence from Large Multi-Channel Retailers. In: American Economic Review, Bd. 107, Nr. 1. 283-303.

[14] Das vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) durchgeführte „Billion Prices"-Projekt nutzt im Internet automatisch ausgelesene Daten (durch Web Scraping) aus elf Ländern, um Verbraucherpreisindizes auf täglicher Basis zu berechnen. Siehe Http://www.thebillionpricesproject.com/ (nur auf Englisch verfügbar).

Der große Vorteil von Scannerdaten liegt darin, dass sie Informationen über die Verkaufsmengen und tatsächlichen Verkaufspreise von Produkten beinhalten, sodass etwaige Preisnachlässe auf Kundenebene (die sich von den Listenpreisen unterscheiden können) berücksichtigt werden können. Dies ermöglicht es, Produktsubstitutionen durch relative Preisänderungen von Produkten messbar zu machen und in weiterer Folge die zuvor erwähnten Verzerrungen durch Produktsubstitutionen in der Inflationsmessung zu reduzieren. Da es sich bei Scannerdaten – ähnlich wie bei auf Websites ausgelesenen Daten – um große und umfangreiche Datensätze handelt, lässt sich damit auch die Repräsentativität der Preisstatistiken verbessern. So lassen sich anhand von Scannerdaten die Preisentwicklungen für einzelne Produkte über mehrere angebotene Sorten und über kürzere Zeiträume innerhalb des Beobachtungszeitraums (anstatt nur zu den Stichtagen) ermitteln.

Scannerdaten erweisen sich überdies für die volkswirtschaftliche Forschung als besonders wertvoll, da damit Nachfrageelastizitäten von einzelnen Produkten geschätzt und die Bedeutung von Preisnachlässen im Einzelhandel analysiert werden können. Nachteilig ist hingegen der hohe Rechen- und Zeitaufwand für die Speicherung, Bereinigung und Verarbeitung von Scannerdaten.

Datenerhebungen in kleineren Gemeinden und ländlichen Gebieten erhöhen die Repräsentativität des (harmonisierten) Verbraucherpreisindex

Je nach Produkt werden die im HVPI erfassten Waren und Dienstleistungen von Statistikämtern entweder zentral (im Internet) oder lokal in Einzelhandelsgeschäften erhoben. So werden öffentliche Abgaben, staatlich regulierte Preise für Versorgungs- und Infrastrukturdienstleistungen, aber auch Preise für Flüge und öffentliche Verkehrsmittel mehrheitlich aus dem Internet gewonnen, während die Preise für den Großteil der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter lokal in Einzelhandelsgeschäften erhoben werden.

Gemäß der aktuellen österreichischen VPI-Verordnung (die auch für den HVPI gilt) werden die Preise von lokal erhobenen Produkten derzeit nur in den 20 größten Städten Österreichs erfasst. Dies ist zum einen historisch bedingt und hängt zum anderen mit dem Bestreben zusammen, die Kosten der Preiserhebung, die zum Großteil durch die Gemeinden finanziert werden, möglichst gering zu gehalten.

Die österreichische VPI-Verordnung befindet sich derzeit in Überarbeitung. In diesem Zusammenhang erscheint es ratsam, die Ausdehnung der Preiserhebung auf eine größere Anzahl an (auch kleineren) Städten in der Verordnung festzuschreiben. Dies würde ein repräsentativeres Bild der Preisentwicklung in Österreich liefern, da Kleinstädte und ländliche Gebiete in der österreichischen dezentralen Preiserhebung bislang nicht berücksichtigt wurden. Besonders problematisch erscheint dies vor dem Hintergrund, dass ein wesentlicher Teil des BIP im Dienstleistungssektor in den eher ländlich geprägten Tourismusregionen generiert wird. Die Berücksichtigung kleinerer Gemeinden in der Preisstatistik würde es erlauben, Preisentwicklungen auch auf regionaler Ebene in Österreich zu analysieren und damit zusammenhängende interessante Forschungsfragen zu untersuchen (wie etwa die Preisentwicklung in den Grenzregionen, Unterschiede in der Preisentwicklung zwischen Klein- und Großstädten, zwischen ländlichen und urbanen sowie reichen und armen Gebieten). Schließlich könnten von Statistik Austria auch regionale Inflationsraten (für die einzelnen Bundesländer) veröffentlicht werden, die den bereits vorhandenen Datenpool für regionale makroökonomische Analysen in Österreich ergänzen könnten.

Zusammenfassung

Die durch die Digitalisierung bedingten Veränderungen im Einzelhandel in den letzten 15 bis 20 Jahren, allen voran der Anstieg des E-Commerce, haben die Preise und Umsatzentwicklung im Einzelhandel stark beeinflusst. Es gibt einige Belege dafür, dass die zunehmende Bedeutung des E-Commerce eine dämpfende Wirkung auf Online- und Offlinepreise hat; dieser Effekt dürfte jedoch nur vorübergehender Natur sein, bis sich der steigende Anteil des Onlinehandels stabilisiert hat. Um dem infolge der Digitalisierung veränderten Einkaufsverhalten der Konsumenten Rechnung zu tragen, sollten die Methoden und Verfahren in der Inflationsmessung an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Eine Ausdehnung der Preiserhebung auf den Onlinehandel (mittels „Web Scraping“) – zusätzlich zur Erhebung in traditionellen Geschäften – sowie in kleineren Gemeinden und ländlichen Gebieten (neben den 20 größten Städten) würde nicht nur den neuen Einkaufsgewohnheiten Rechnung tragen, sondern auch die Repräsentativität von Preisindizes erhöhen. Direkt vom Einzelhändler bereitgestellte Scannerdaten würden zudem eine gemeinsame Betrachtung von Preisen und Verkaufsmengen ermöglichen und damit Substitutionsverzerrungen, wie sie in herkömmlichen Preisindizes enthalten sind, reduzieren.

3 Erklärungsfaktoren für die bisherige Preisentwicklung

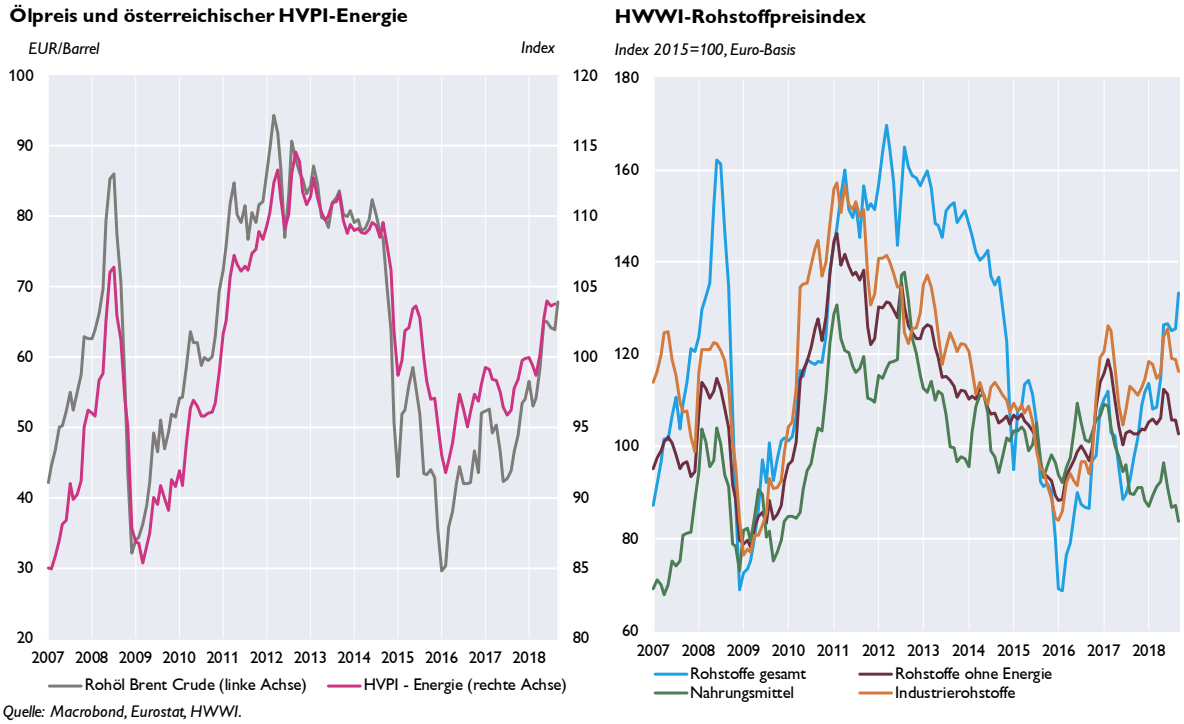
3.1 Vergangener Rohölpreisanstieg heizt Inflation an

Von Mitte 2017 bis Mai 2018 legten die Preise für Rohöl auf den internationalen Rohstoffmärkten **kräftig zu** und stabilisierten sich danach auf hohem Niveau. Waren es im Jahr 2017 noch die **günstigen Konjunkturaussichten** sowie die **starke Nachfrage nach Rohöl**, die den Anstieg des Rohölpreises bewirkten, so geht der Anstieg in den ersten Monaten des laufenden Jahres vermehrt auf **geopolitische Risiken**, wie etwa die Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA im Mai 2018, zurück. Insgesamt legte der Rohölpreis der Marke Brent Crude von rund 42 EUR je Barrel im Juni 2017 bis Mai 2018 auf 65 EUR je Barrel zu; das ist ein Zuwachs von knapp 54 % innerhalb von elf Monaten. Danach ging der Rohölpreis bis August auf 64 EUR je Barrel leicht zurück und legte im September aufgrund eines markanten Anstiegs in den letzten Tagen des Monats wieder auf 67,8 EUR je Barrel zu. **Mit etwas zeitlicher Verzögerung legte auch die Energiekomponente im österreichischen HVPI seit Mitte 2017 deutlich zu**, und zwar um insgesamt 8,5 % zwischen Juli 2017 und Juni 2018 (Grafik 2, linke Abbildung), was die österreichische Gesamtinflation im selben Zeitraum um knapp 0,7 Prozentpunkte anheizte.

Der Rohölpreisanstieg war der Hauptgrund für den Anstieg des gesamten Rohstoffpreisindex. So stieg der HWWI-Rohstoffpreisindex von Juni des Vorjahres bis September 2018 ölpreisbedingt um 50 %. Aber **auch die Rohstoffpreise ohne Energie zogen im selben Zeitraum deutlich an** und trugen damit zum Anstieg des gesamten Rohstoffpreisindex bei. In den letzten vier Monaten waren die Rohstoffpreise ohne Energie allerdings wieder im Sinken begriffen, was sowohl auf die Preise von **Nahrungsmittelrohstoffen** als auch auf jene von **Industrierohstoffen zutrifft**, die seit Mai 2018 um 13,1 % bzw. 6,2 % gesunken sind (Grafik 2, rechte Abbildung).

Grafik 2

Rohstoffpreise



Quelle: Macrobond, Eurostat, HWWI.

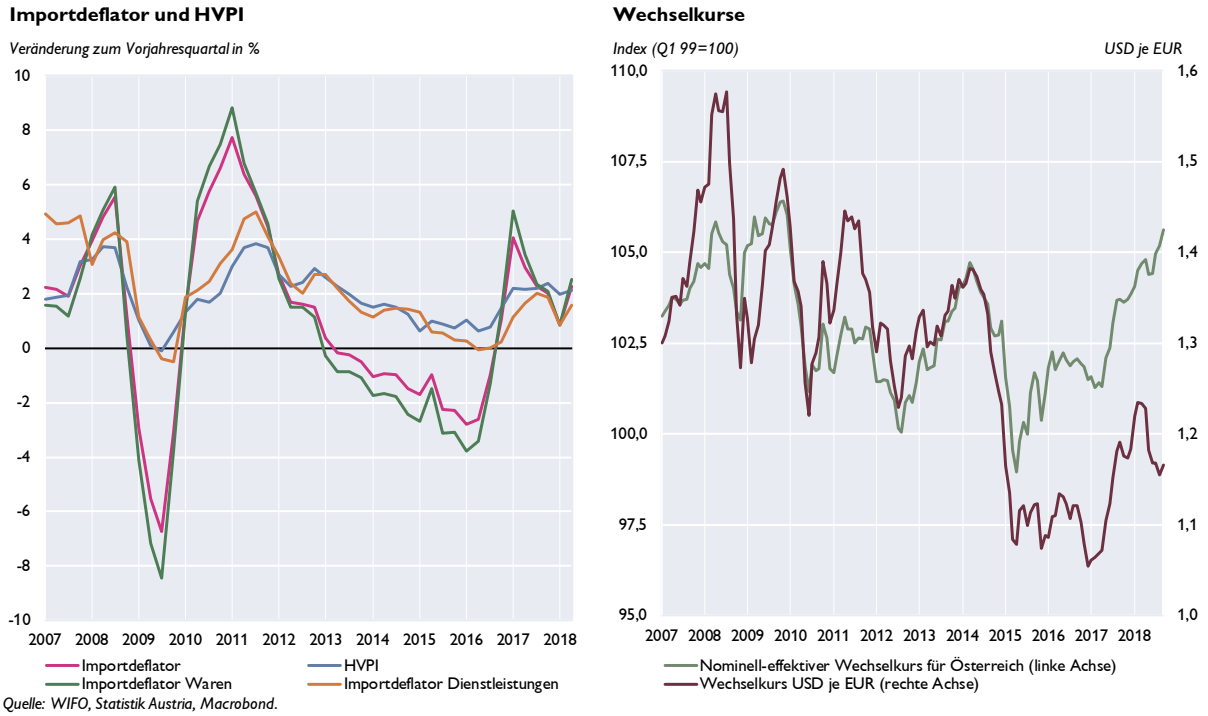
3.2 Importpreise steigen wieder stärker

Nach einem stetigen Rückgang des Importpreiswachstums – gemessen an der Jahresänderungsrate des Importdeflators laut VGR – von 4,0 % im ersten Quartal 2017 auf 0,8 % im ersten Quartal 2018, **legte die Wachstumsrate des Importdeflators im zweiten Quartal 2018 wieder deutlich auf 2,1 % zu**. Diese Entwicklung wird von der Preisdynamik der Warenimporte dominiert, deren Preissteigerungsrate sich von 5,1 % im ersten Quartal 2017 auf 0,7 % im ersten Quartal 2018 abschwächte und dann im zweiten Quartal 2018 wieder auf 2,3 % zulegte. Im Gegensatz dazu verzeichnete die Preissteigerungsrate der Dienstleistungsimporte 2017 noch eine steigende Tendenz und wies erst in den ersten beiden Quartalen 2018 dieselbe Dynamik wie die Wachstumsrate der Warenimportpreise auf (Grafik 3, linke Abbildung).

Zur Dämpfung des Importpreiswachstums von Waren bis zum ersten Quartal 2018 trug die **Aufwertung des Euro im Vorjahr** maßgeblich bei. Im Laufe des Jahres 2017 legte der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar um rund 15 % zu. Der nominell-effektive Wechselkurs Österreichs gegenüber seinen Handelspartnern[15] stieg mit 3,5 % zwar nicht so stark, legte aber auch noch im laufenden Jahr etwas zu (Grafik 3, rechte Abbildung). **Seit April 2018** und speziell infolge der Regierungskrise in Italien **schwächte sich der Euro-Dollar Wechselkurs wieder um 5 % ab**, während sich der nominell-effekte Wechselkurs aufgrund der starken Abwertung der Türkischen Lira zuletzt sogar weiter erhöhte.

Grafik 3

Importpreise und Wechselkurse



Quelle: WIFO, Statistik Austria, Macrobond.

3.3 Zunehmender Preisdruck von Seiten der Erzeuger- und Großhandelspreise

Die **Preisindikatoren der vorgelagerten Produktionsstufen signalisieren seit Anfang 2018 einen zunehmenden Preisdruck** (Grafik 4, linke Abbildung). Die Jahresänderungsrate

[15] Der nominell-effektive Wechselkurs wird von der EZB aus den bilateralen Wechselkursen gegenüber den 38 wichtigsten Handelspartnern Österreichs, gewichtet mit dem jeweiligen Außenhandelsanteil für den Sachgüterbereich, berechnet.

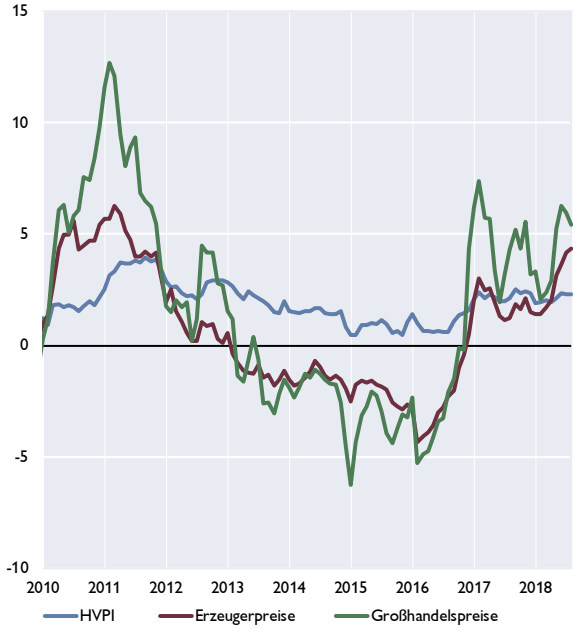
des **Erzeugerpreisindex für im Inland abgesetzte Sachgüter**[16] **legte** von 1,4 % im Jänner 2018 auf 4,4 % im August 2018 **kontinuierlich zu**. Für diesen Anstieg war hauptsächlich – wie auch beim HVPI – die Energiekomponente verantwortlich, die im Erzeugerpreisindex ein Gewicht von rund 25 % aufweist. Seit April 2018 legte aber auch die Teuerungsentwicklung der Vorleistungsgüter innerhalb des Erzeugerpreisindex zu, während die Inflationsrate von Konsumgütern seit Jahresanfang gesunken war und sich bis August 2018 etwas über der Nullprozentmarke stabilisierte (Grafik 4, rechte Abbildung).

Die Wachstumsrate des **Großhandelspreisindex legte,** ähnlich wie jene des Erzeugerpreisindex **in der ersten Jahreshälfte 2018, kräftig zu**, reduzierte sich aber seither wieder ein wenig: So stieg die Jahresteuerungsrate ausgehend von 2,1 % im Februar 2018 auf 6,3 % im Juni, ging dann bis August 2018 aber wieder auf 5,4% zurück.

Grafik 4

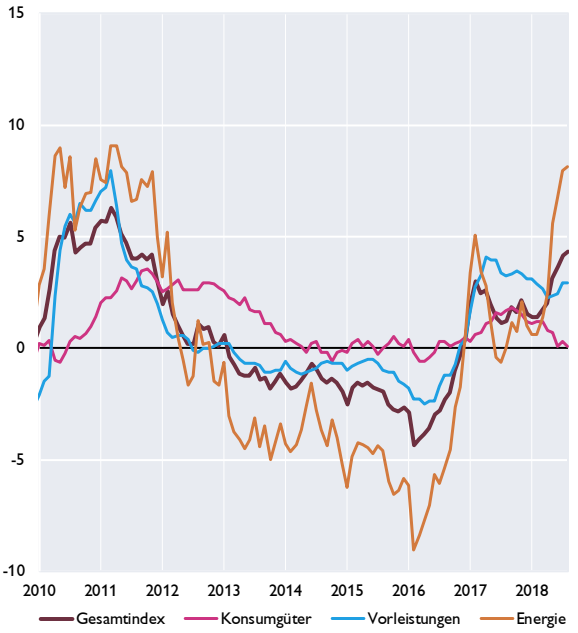
Indikatoren der vorgelagerten Preiskette und HVPI

Veränderung zum Vorjahr in %



Erzeugerpreise Inlandsmarkt

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria.

3.4 Lohnkostenwachstum steigt weiter, Unternehmensgewinne erholen sich

Das **Wachstum der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitsstunde** in der gewerblichen Wirtschaft (Sachgüter und Dienstleistungen; NACE Sektoren B–N)[17] hat **seit Anfang 2017 deutlich zugelegt** und lag im zweiten Quartal 2018 bei 3,0 % gegenüber dem Vorjahresquartal (nach 2,7 % im ersten Quartal 2018). Im Gegensatz dazu war das Wachstum der nominellen Lohnstückkosten in der gewerblichen Wirtschaft von Mitte 2016 bis Ende 2017 rückläufig und wies im dritten und vierten Quartal 2017 sogar leicht negative Jahreswachstumsraten auf. **Seit Jahresbeginn 2018 legte die Jahreswachstumsrate der Lohnstückkosten** allerdings

[16] Der Erzeugerpreisindex für Sachgüter erfasst die Preisentwicklung der im Inland produzierten und abgesetzten Waren (Industrie ohne Baugewerbe, Abwasserentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung).

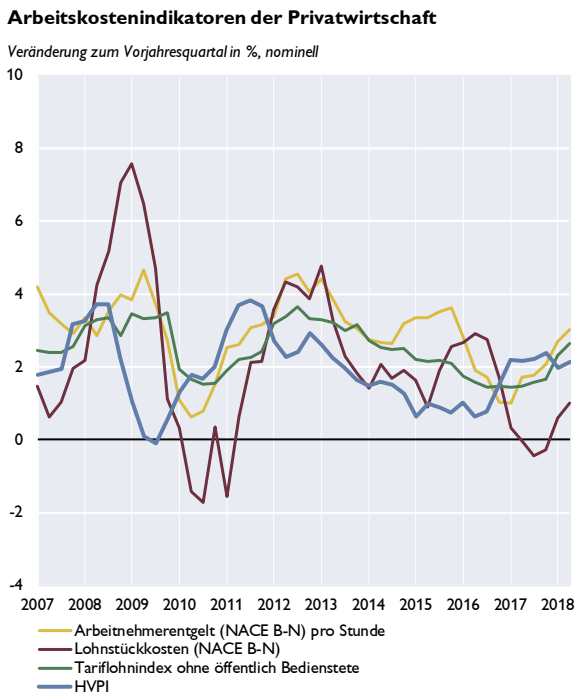
[17] Dies umfasst die Sektoren Bergbau, Warenerzeugung, Energieversorgung, Wasserversorgung, Bau sowie private Dienstleistungen (Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, Informations- und Kommunikationsdienstleistungen, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen und freiberufliche Dienstleistungen).

wieder zu und beläuft sich nun im zweiten Quartal 2018 auf 1,0 % (Grafik 5, linke Abbildung). Neben dem dynamischen Wachstum der Arbeitnehmerentgelte trug auch ein leichter Rückgang des Produktivitätswachstums zum Anstieg des Lohnstückkostenwachstums in den letzten beiden Quartalen bei. Das **Jahreswachstum des Tariflohnindex** (ohne öffentlich Bedienstete) zeigt ebenso wie die Arbeitnehmerentgelte **seit Anfang 2017** einen **deutlichen Anstieg** und lag im zweiten Quartal 2018 bei 2,6 % (nach 2,3 % im ersten Quartal 2018). Insgesamt dürfte somit vom Anstieg der genannten Arbeitskostenindikatoren in den letzten Quartalen **ein zunehmender Preisdruck auf die Endverbraucherpreise in naher Zukunft ausgehen**.

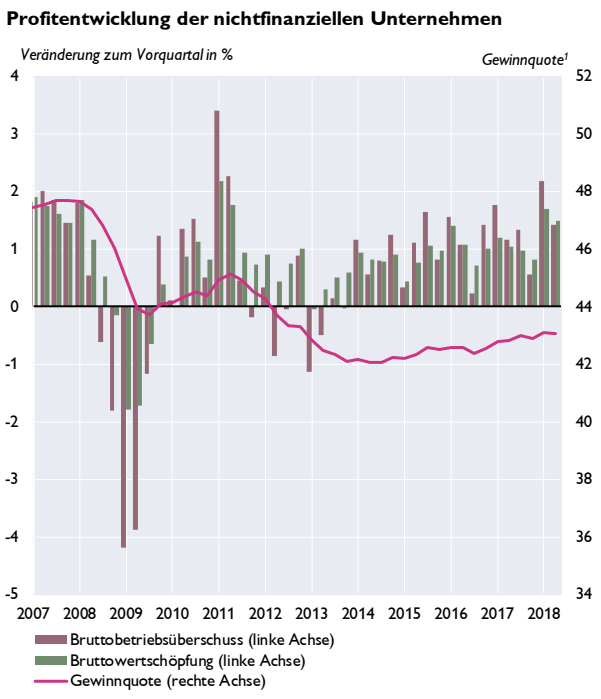
Vor dem Hintergrund der günstigen konjunkturellen Entwicklung haben sich auch die **Gewinne der nichtfinanziellen Unternehmen in den letzten Quartalen positiv entwickelt.** So legte die Gewinnquote der nichtfinanziellen Unternehmen (definiert als Anteil des Bruttobetriebsüberschusses an der Bruttowertschöpfung) ausgehend von 42,4 % im dritten Quartal 2016 auf 43,1 % im zweiten Quartal 2018 zu. Dieser Wert liegt aber immer noch deutlich unter den Quoten, die vor der Finanzkrise registriert wurden (Grafik 5, rechte Abbildung).

Grafik 5

Arbeitskostenindikatoren und Profite



Quelle: Statistik Austria.



*[1] Gewinnquote = Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung * 100*

3.5 Zuletzt leichter Rückgang der Kapazitätsauslastung bei langlebigen Konsumgütern

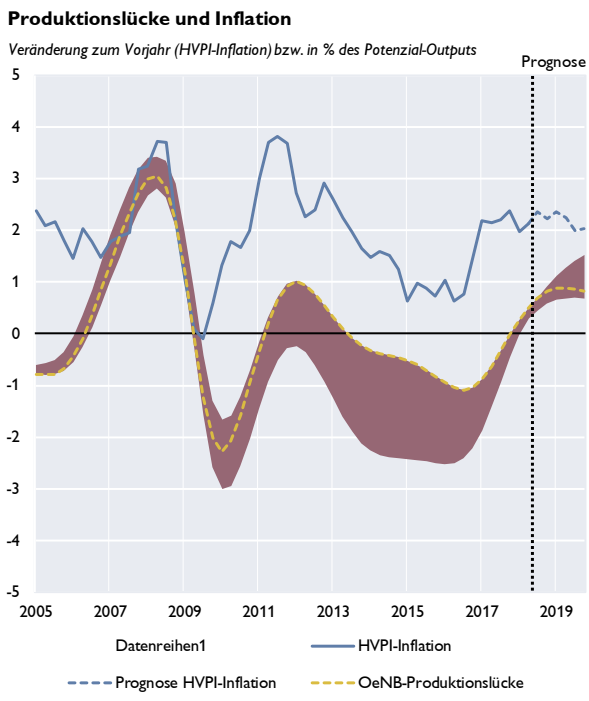
Die **von der OeNB für Österreich berechnete Produktionslücke** ist angesichts des im Vorjahr einsetzenden Aufschwungs seit dem ersten Quartal 2018 wieder positiv und **legte im zweiten Quartal 2018 auf 0,5 % des Potenzial-Outputs weiter zu**. Für das gesamte Jahr 2018 sowie für 2019 wird die Produktionslücke laut neuestem Update aufbauend auf der OeNB-Prognose vom Juni 2018 0,8 % des Potenzial-Outputs betragen und sich dann bis 2020 auf 0,7 % des Potenzial-Outputs leicht abschwächen. Auch wenn die OeNB-Schätzung im Vergleich zu den Produktionslücken, die von der Europäischen Kommission, dem Internationalen Währungsfonds und der OECD für Österreich berechnet werden, in den vergangenen Jahren stets am oberen

Rand des Spektrums lag, sind die anderen Institutionen für den Prognosezeitraum bis 2020 durchaus noch optimistischer als die OeNB (Grafik 6, linke Abbildung).

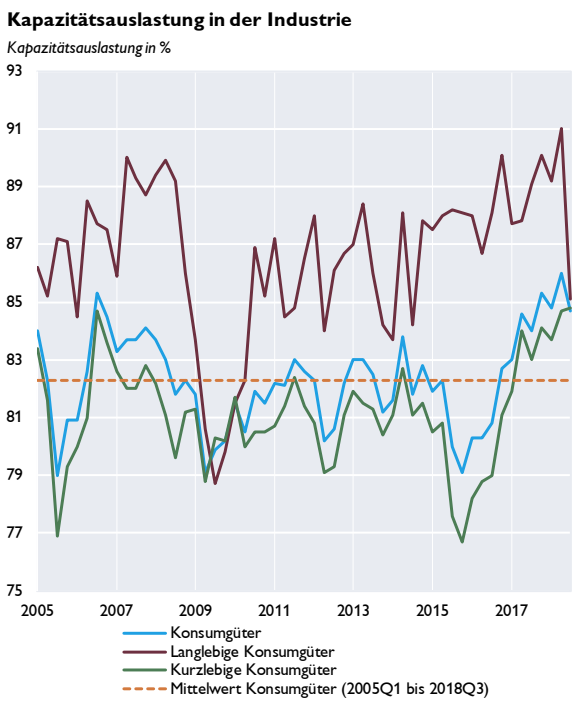
Die Produktionsauslastung der Konsumgüterhersteller entwickelte sich seit etwa zwei Jahren sehr dynamisch. Laut WIFO-Konjunkturtest[18] hat sich die **Kapazitätsauslastung in der Konsumgüterproduktion seit Anfang 2016 kontinuierlich** verbessert und erhöhte sich bis zum zweiten Quartal 2018 auf 86 %. Im dritten Quartal 2018 folgte dann ein kleiner Rückgang der Kapazitätsauslastung auf 84,7 %, wobei dieser Wert immer noch deutlich über dem langjährigen Durchschnitt (Mittelwert seit 2005: 82,3 %) liegt. Der Rückgang ist ausschließlich bei langlebigen Konsumgütern erfolgt, deren Kapazitätsauslastung von 91 % im zweiten auf 85,1 % im dritten Quartal 2018 zurückging, während die Kapazitätsauslastung bei kurzlebigen Konsumgütern im dritten Quartal praktisch unverändert gegenüber dem Vorquartal bei 84,8 % lag (Grafik 6, rechte Abbildung). Insgesamt dürfte allerdings von der positiven Entwicklung der **Produktionsauslastung** auch weiterhin ein leichter **Aufwärtsdruck auf die Preise** der im Inland hergestellten Waren ausgehen.

Grafik 6

Indikatoren der Produktionsauslastung



Quelle: OeNB, Eurostat, EZB (SDW).



Quelle: WIFO-Konjunkturtest; EU Business and Consumer Survey.

3.6 Inflationserwartungen der Prognoseinstitute für 2019 bei 1,9 %

Laut **Consumer Survey der Europäischen Kommission erwarten die Konsumenten in Österreich und im Euroraum** in den kommenden 12 Monaten mit deutlicher Mehrheit **steigende Preise**. Für Österreich ist der Saldo aus positiven (Preise steigen in den kommenden 12 Monaten) und negativen Antworten (Preise sinken in den kommenden 12 Monaten)[19] zuletzt von 37,7 im August auf 47 im September 2018 deutlich angestiegen, während er sich für den

[18] Der WIFO-Investitions- und Konjunkturtest ist Teil der harmonisierten Konjunkturumfragen der EU.

[19] Der Saldo gibt die Differenz zwischen positiven (p) und negativen (n) Antworten als Anteil der Gesamtantworten an. Wenn p % der Befragten in den nächsten 12 Monaten steigende Preise, n % fallende Preise und u % gleichbleibende Preise erwarten, errechnet sich der Saldo als p–n, wobei p+n+u=100.

Euroraum in den letzten Monaten nur geringfügig verändert hatte und im September bei 21 lag. (Grafik 7, linke Abbildung).

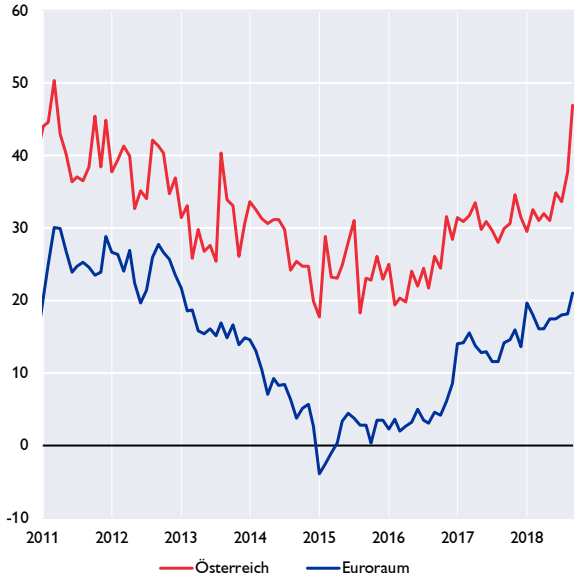
Laut **Consensus Economics**[20] erwarten die befragten Prognoseinstitute im September 2018 **für 2018 eine Jahresinflationsrate der Verbraucherpreise in Österreich von 2,0 %, gefolgt von einem leichten Rückgang auf 1,9 % im Jahr 2019**. Gegenüber der letzten Befragungsrunde im August 2018 sind die Erwartungen für beide Jahre unverändert. Für den Euroraum gehen die befragten Prognoseinstitute im September – wie auch im Vormonat – von einer Jahresinflationsrate der Verbraucherpreise von 1,7 % für 2018 und von 1,6 % für 2019 aus (Grafik 7, rechte Abbildung).[21]

Grafik 7

Inflationserwartungen

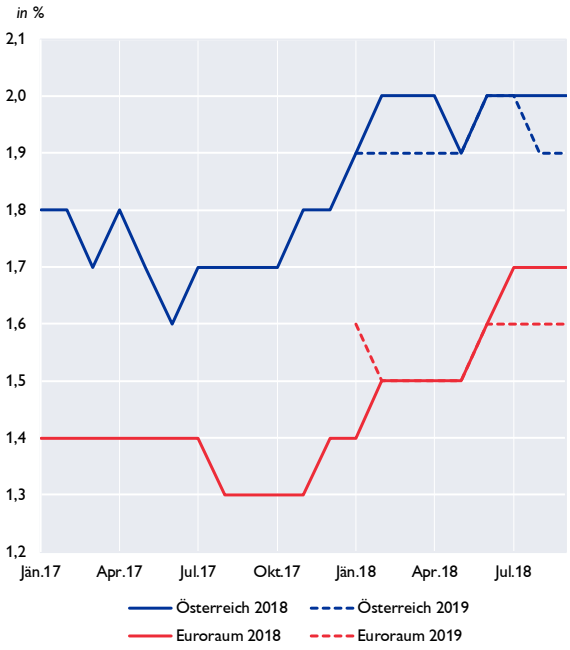
EK Consumer Survey - Entwicklung der Preise in den kommenden 12 Monaten

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Inflationsprognosen von Consensus Economics

in %



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Economics.

[20] Consensus Economics erhebt die Inflationsprognosen von professionellen Prognoseinstituten und weist jeweils den Durchschnitt der abgegebenen Einschätzungen zur Jahresinflation für das laufende sowie für das nächste Kalenderjahr auf Länderebene und für den Euroraum aus.

[21] Im Falle gleich hoher Inflationserwartungen im laufenden und im folgenden Jahr, wie z. B. für den Euroraum von Februar bis Juni 2018, überlagern sich die durchgezogene und die strichlierte Linie in der Grafik, wodurch letztere unsichtbar erscheint.